

Neue Zeitungs

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1922 Nr. 141

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 215

Bezugspreis: monatlich 12.15 — ohne Geschäftsgebühr. Zahlungen nehmen sämtliche Postämter, Briefträger und andere Zustellstellen entgegen.
Geldstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Central 7801. Täglich von 7 Uhr an Abnahme 5408 und 5410. — Postfach 20512.

Morgen-Ausgabe
Freitag, 24. März

Anzeigenpreis: Die Sp. 1, 10 mm breit, 10 mm hoch, 1.20. Die Sp. 2 bis 10 mm breit, 10 mm hoch, 1.00. Abdruck nach Vereinbarung.
Geldstelle Berlin: Bernauer Str. 30. Fernruf zum Karlsruh 21 4290. Große Berliner Schriftleitung. — Dr. G. v. D. mit 1110. Halle-Saale

Die Kabinettsitzung verschoben

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist die Kabinettsitzung, die gestern stattfinden sollte, auf heute verschoben worden. Gestern vormittag fand lediglich eine Hofbesprechung statt. Auch die Fraktionen des Reichstages haben zu der Note bisher noch keine Stellung genommen. Gestern vormittag tagten nur die Deutschnationalen. Gestern abend traten die Reichs- und Landtagsfraktionen der Demokratischen Partei zusammen. Außerdem fand eine Vorbereitungsbesprechung der Deutschen Volkspartei statt. Wenn der Auswärtige Ausschuss zusammentritt, ist nach der Vertagung der Kabinettsitzung noch fraglich.

Die Hofbesprechung fand gestern vormittag 11 Uhr in der Reichskanzlei statt. Außer dem Reichskanzler, dem Reichsaußenminister Dr. Rathenau, dem Reichsfinanzminister Dr. Gerners, dem Reichswirtschaftsminister Schmidt und dem Reichsjustizminister Bauer war auch Staatssekretär Fischer, der Vorsitzende der deutschen Kriegslastenkommission in Paris, zugegen. Er berichtete über seine Pariser Einbrüche und über die Note der Reparationskommission unter besonderer Kennzeichnung der unzumutbaren französischen Auffassung. Die Messers werden nunmehr an der Hand des französischen Textes die Note eingehend prüfen.

Wie wir hören, wird der Reichskanzler Dr. Rathenau am Sonnabend vor dem Plenum des Reichstages über die Note der Reparationskommission sprechen.

Die Reichsregierung hat beschlossen, zunächst einige Nachfragen nach Paris zu richten, um nähere Aufklärungen über einzelne Punkte der Reparationsnote zu bekommen.

Pressenotizen zur Reparationsnote

w. Paris, 23. März.

Ueber die Entscheidung der Reparationskommission schreibt „Le Petit Parisien“: Die gesamte deutsche Presse, sowohl die konservative wie die sozialistische, nehmen die Zugeständnisse der Reparationskommission mit Entsetzen und entsetzten Protesten auf, weil die Alliierten diesmal gemeinsam fundgegeben hätten, daß sie darauf halten würden, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen und daß sie den Zahlungsaufschub rückgängig machen würden, wenn die deutsche Regierung nicht in kürzester Frist durch Vermehrung der Steuern und Verminderung der Ausgaben durch eine innere und durch eine äußere finanzielle Ordnung in ihre Finanzen bringe. Daß das deutsche Volk verpflichtet sei, hars zu arbeiten und sich ernsthafte Entbehrungen aufzuerlegen, daß die deutsche Industrie und das deutsche Kapital verpflichtet seien, vernichtende Verluste zu tragen, sei die Maxime geblieben. Aber was trage die Schuld daran? Die Verantwortlichkeit für die Deutschen aller Klassen und aller Parteien (sogar die Sozialisten) über im Augenblick, in dem die deutsche Seite die französischen Forderungen vernichten, hätten sie sich das sagen sollen. In dem Augenblick, in dem das deutsche Volk sich über die Härte der Alliierten entsetzt, müsse man sich fragen, ob es mit der gleichen Geduld und Milde vorgegangen wäre, wenn es gestraft hätte.

Sambon, 23. März.

Die Alliierten berichten ausführlich über die Bestimmung, die der Vorschlag der Reparationskommission in Berlin hervorgerufen habe. Der Berichterstatter der „Times“ schreibt, die Finanzprogramme der Reparationskommission würden von allen Seiten als unmöglich und das Garantiesystem als mit der Würde eines souveränen Staates unvereinbar bezeichnet werden. Die „unabhängigen“ Leute, mit denen er in Berlin gesprochen habe, hofften, (?) daß die letzte Note nicht als ein Minimum, sondern als Grundlage zu weiterer Erörterung angesehen werde. Unter Hinweis darauf, daß in der vorangegangenen Sitzung bereits von der Möglichkeit eines solchen Wiederspruchs gesprochen wurde, schreibt der Korrespondent: Die Leute, die die Lage „unbefangen“ betrachten, hoffen ernstlich, daß es nicht dazu kommen werde. Bei allen Schwächen und Mängeln bietet die augenblickliche Koalition unter Dr. Rathenau noch immer die größte Aussicht auf Erfolg. Nichtsdestoweniger, nach links oder rechts würde wahrscheinlich Deutschland und damit das gesamte Reparationsproblem in eine weit schlimmere Lage bringen.

Eine Note Amerikas

w. Washington, 23. März.

Zu der Note, in der Hughes den alliierten Regierungen die Ansicht der Vereinigten Staaten über die Forderung nach Bezahlung der Kosten für die Befreiung des amerikanischen Heeres aus Mexiko mitteilt, sagt er, er glaube nicht, daß die Alliierten irgendwie geneigt wären, das Recht der Vereinigten Staaten in Frage zu stellen, nach Deutschland auf gleichem Fuße mit ihren Kompensationszahlungen zu erhalten. Nichtsdestoweniger, nach links oder rechts würde wahrscheinlich Deutschland und damit das gesamte Reparationsproblem in eine weit schlimmere Lage bringen. Der noch nicht begabte Reich, der bis zum 1. Mai 1921 entstandenen Kosten belagte sich auf 1.600.000.000 Mark, die den Vereinigten Staaten und Belgien

Britannien geschuldet würden. Die Grundlage der amerikanischen Ansprüche finde sich in dem Waffenstillstandsabkommen, das die Vereinigten Staaten unterzeichnet hätten und das die Bezahlung Deutschlands durch Erstattung der Alliierten und Amerikas gemeinsam vorsehe. Dieses Abkommen sehe vor, daß der Unterhalt für die rheinischen Besatzungstruppen

der deutschen Regierung zur Last falle. Es sei die Ansicht der amerikanischen Regierung, das Waffenstillstandsabkommen habe die klare Bedeutung, daß die Alliierten, die sich zu dem gemeinsamen Unternehmen zusammengelassen hätten, bezüglich der Bezahlung aller Kosten ihrer Besatzungstruppen auf gleichem Fuße stehen sollten.

Eine deutsche Oberschlesiennote

Gegen den polnisch-französischen Terror

Berlin, 23. März.

Der Volksrat in Oberschlesien wurde gestern folgende Note der deutschen Regierung übergeben:

Die Volksratkonferenz hat es in ihrem Schreiben vom 4. März abgelehnt, bei der Internationalen Regierungskommission und Plebiszitkommission über Oberschlesien wegen der Ernennung des Polizeicommissars Milzenberg einzustimmen. Sie begründet die Ablehnung mit dem Hinweis darauf, daß die Angelegenheit zur ausschließlichen Zuständigkeit der Internationalen Kommission gehöre und daß die deutsche Regierung keinerlei Befugnisse habe, sich mit der Sache zu befassen. Den gleichen Standpunkt hat auch die Internationalisierte Kommission selbst gegenüber den bei der Internationalisierten Kommission eingekommenen.

Die deutsche Regierung hat sich in Uebereinstimmung mit der Volksratkonferenz durchs den Rat der Reichsregierung, daß die Internationalisierte Kommission nach dem Vertrag von Versailles verpflichtet und allein zuständig ist, mit Hilfe der für zur Verfügung stehenden Truppen für die Aufrechterhaltung der Ordnung im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet Sorge zu tragen. Sie verlangt ferner nicht und hat auch in keiner Weise in Zweifel gestellt, daß der ernannte Polizeicommissar identisch der Internationalisierten Kommission unterstehe. Die deutsche Regierung muß aber Widerspruch dagegen erheben, wenn die Volksratkonferenz und ebenso die Internationalisierte Kommission aus dieser Schöpfung die Folgerung ziehen, daß der deutschen Regierung die Legitimation fehle, sich des Schicksals der Deutschen im Abstimmungsgebiet anzunehmen. Die Internationalisierte Kommission hat nicht die Stellung einer souveränen Regierung, deren Maßnahmen gegen ihre eigenen Angehörigen jeder Einmischung einer anderen Regierung entzogen sind. Die Rechte und Pflichten der Internationalisierten Kommission bestimmen sich vielmehr ausschließlich nach einem Vertrag, dem Vertrag von Versailles. Als Vertragspartei hat Deutschland ein unüberwindliches Recht darauf, feierlich von der Internationalisierten Kommission die Erfüllung ihrer vertraglichen Pflichten zu fordern. Die deutsche Regierung ist mithin auch berechtigt, alle zur Wahrnehmung ihrer Vertragsrechte geeigneten Schritte zu tun.

Die deutsche Regierung kann um so weniger darauf verzichten, ihre Forderung auf eine baldige befriedigende Regelung der Angelegenheit auch bei der Volksratkonferenz geltend zu machen, als eine größere Anzahl anderer Fälle vorliegt, in denen Deutsche in Oberschlesien an Gesundheit und Eigentum geschädigt worden sind, ohne daß sie Schutz und Unterstützung der Internationalisierten Kommission gefunden hätten. Eine Zusammenstellung von einigen Fällen dieser Art wird in der Anlage beigelegt mit dem Ersuchen, daß nicht nur der Fall des Polizeicommissars Milzenberg, sondern auch diese anderen Fälle noch vor der Abgabe der Dienstgeschäfte der Internationalisierten Kommission ihre vollständige Erledigung finden.

In einer der Note beigelegten Anlage werden einige Fälle angeführt, in denen die Internationalisierte Kommission Auslieferungen polnischer Angeltanten und französischer Soldaten ungestraft gelassen hat.

1. Der Hauptmann der Sicherheitspolizei Leitz wurde am 18. August 1920 in Ratibitz während des Dienstes durch einen Schuß getötet. Eine Entschädigung ist den Angehörigen bisher nicht gezahlt worden.

2. Der Antimilitarist Walter Gatzow wurde am 4. April 1921 in Bautzen von einem französischen Soldaten mit dem Gewehrstoß getötet, während er einen Verwundeten behandelte. Gatzow war ohne Waffen. Eine Untersuchung des Falles hat seitens der Organe der Internationalisierten Kommission stattgefunden, eine Entschädigung ist jedoch den Angehörigen bisher nicht gezahlt worden.

3. Der Polizeikommissar Kersch ist am 6. Juni 1921 auf dem Bahnhof in Bismarckshaus, Kreis Arnheim, von polnischen Angeltanten an dem Auge gestoßen und totgeschlagen worden. Eine Entschädigung der Hinterbliebenen hat bisher nicht stattgefunden.

4. Der Schmitt Weiss aus Hindenburg wurde am 16. October 1921 hingerichtet von einem französischen Soldaten durch einen Revolvererschuss in den Kopf getötet. Der für die Internationalisierte Kommission gestellte Entschädigungsantrag ist von der Internationalisierten Kommission abschlägig beschieden worden.

5. Der Schüler Friedrich Grimm aus Probus wurde im Sommer 1921 in Oppeln von einem französischen Soldaten durch

einen Revolvererschuss am Bein verletzt. Wiederholte Anträge der Mutter des Verletzten auf Erlass der durch die Missetat entstandenen Unkosten und Bewältigung einer Entschädigung blieben ohne Erfolg.

6. Der Leutnant Schabel wurde am 23. Juni 1921 in Gleiwitz von einem französischen Soldaten demütig mißhandelt, daß er erwerbsunfähig geworden ist. Eine Entschädigung oder Beantwortung seiner Anträge ist bisher nicht erfolgt.

Ein deutscher Polkisch von einem Belgier erschossen

Brüssel, 23. März.

Zwei Polizeibeamte von Herin im belgischen Nordbrabant befanden sich auf einem Straßenbahnwagen, auf dem sich gleichfalls zwei Mitglieder der belgischen militärischen Sicherheitspolizei befanden. Als diese von den Deutschen ihren Ausweis verlangten, erhob sich ein Wortwechsel. Einer der Deutschen schlug einen belgischen Beamten auf das Hinterhaupt, verlor aber selbst das Gleichgewicht und stürzte gleichfalls vom Wagen. Der Deutsche hatte seinen Gegner an der Gurgel gepackt und hielt ihn unter sich. Der zweite belgische Sicherheitspolizist, der seinem Kameraden zur Hilfe eilte, wollte den Angreifer verhaften, seinen Gegner loszulassen. Er wurde deshalb einen ersten Schuß in die Brust ab. Als der Deutsche seinen Gegner trotzdem weiter festhielt, tötete er ihn durch einen Schuß in den Rücken.

Angesichts dieser lebensgefährlichen Darstellung ist es geboten, zunächst den Bericht von deutscher Seite über den Vorfall abzuwarten.

Vor dem Zusammenbruch des Zeitungs-gewerbes

Eine Erklärung des Reichsverbandes der Deutschen Presse.

Berlin, 23. März.

Der Reichsverband der Deutschen Presse hat erannt, die von Regierung und Parlament längst anerkannte Rolle der Presse hin, die in nächster Zeit auf eine Katastrophe für alle am Zeitungsgewerbe Beteiligten lauern muß. Er fordert Aufhebung jeder Sonderbesteuerung der Presse, eine ihren berechtigten Interessen entsprechende Vereinfachung der Besteuerung der Post- und Eisenbahntarife und Wegnahme gegen die Prestrückerei auf den Gebieten des Holzstoffes, des Zellstoffes und des Papiers sowie Sperung der Ausfuhr von Papier und Zellstoff, solange nicht das Papier für die deutsche Presse zu einem erträglichen Preise geliefert wird. Der Reichsverband der Deutschen Presse hält es für die Pflicht der Regierung und der Volkvertretung, die deutsche Presse als ein hohes nationales Kulturgut vor dem Zusammenbruch zu schützen und dem deutschen Volk in seinem schweren Kampfe mit der Welt als eins der stärksten Belegstücke im Widerstande und eine der besten Waffen bei der Abwehr fremder Übergriffe zu erhalten.

Wenn die Presse wie bisher ihre Verdrängung ihrer Bedeutung für die Allgemeinheit nur als geeignetes Steuerobjekt behandelt wird, so ist nicht nur die Stilllegung vieler Betriebe und damit die Verlöschung von Hunderttausenden von Arbeitsplätzen, Geschäftsstellen und anderen im Zeitungsgewerbe Beschäftigten unermittellich, sondern auch das Einkommen der bisherigen hohen Stände der deutschen Presse in geschädigte Höhe gerückt. Damit wird die deutsche Presse für ihre hohe Aufgabe im Dienste des deutschen Volkes untauglich gemacht und der Korruption die Tür geöffnet.

Das Nachrichtenbureau des Vereins Deutscher Zeitungsverleger teilt mit:

Im Reichstag fand heute vormittag eine Besprechung statt, an der Vertreter aller Parteien der Verlegerorganisationen und des Reichswirtschaftsministeriums teilgenommen haben und die Frage der Papierpreise behandelt.

Es wurde dabei der Umstand hervorgehoben, daß vom 1. April ab eine weitere ganz ungeheureliche Zunahme der Papierpreise, etwa von 8 auf 13 Mark, droht, und es wurden die daraus sich ergebenden Gefahren für die Ueberlieferung der deutschen Presse mit ausländischem Kapital, das Eingehen vieler kleiner und mittlerer Zeitungen und eine damit verbundene starke Arbeitslosigkeit im Druckergewerbe behandelt. Die Verlegerverbanden eruchten das Reichswirtschaftsministerium und die Vertreter der sofortige Abhilfemaßnahmen im Reichstag zur Annahme zu bringen, von denen besonders im Auge gefaßt wurden: 1. eine Kaufkraftsteuer für deutsches Papier, 2. eine Senkung der Zölle nach gemeinsamer Berechnung von Auslandsbewerbern auf die Inlandspreise, 3. eine öffentliche Verwirklichung des Reichspreises und aller zum Papier gehörigen Rohstoffe. Als besonders wichtig hielten alle Redner hin, daß die Länder für Papier, das aus Druckpapierfabriken herbeiführt wird, geringere Preise er-

sehen mühten und vielleicht, wie in der Fischscholasterei, allen Wohlbeherrigen eine bestimmte Ablieferungspflicht für Holz zu vorbestimmten Preisen auferlegt werden müßte. Sodann werden über die Vermehrung der Inzeratensteuer Beschlüsse gemacht.

Die einzelnen Parteien werden sich in Fraktionsbildungen mit diesen Vorberathungen befassen und der Reichstagspräsident Adde hat angekündigt, daß wegen der Dringlichkeit die Arbeit in der nächsten Woche im Reichstag zur Einführung gebracht werden soll.

Die Steuern im Reichstage

Neuer Kommuniten-Verfall

v. Berlin, 23. März.

Die Sitzung wird um 2 Uhr 20 Min. nachmittags eröffnet. Tagesordnung: Zweite Beratung des Kohlensteuergesetzes. Die Regierung wollte die bisherige Kohlensteuer von 20 Prozent vermindern. Der Ausschuss hat dem zugestimmt. Die Deutschnationalen beantragen 30 Prozent, die Unabhängigen wollen Querschnitt für Personen mit einem Jahreseinkommen unter 50000 M. steuerfrei lassen.

Staatsminister Raff erklärt die Vereinfachung der Besteuerung in einzelnen Fällen bestimmten Individuen bei besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen Steuerfreiheit für die Höhe zu gewähren.

Abg. Leo's (Dtschnat.)

Ich lehne die Erhöhung der Kohlensteuer ab. Es ist für die Regierung natürlich sehr einfach, die Steuer zu vermindern. Es kann wohl sein, daß sie wenig Ertragsquellen, so daß es sehr leicht ist, diese Steuer der Reichsliste zuzuführen. Der einzige Grund der Reichsregierung für diese Steuer ist der, daß die Spanne zwischen Fremdländ- und Ausländern diese Erhöhung der Kohlensteuer noch ausreicht. Die Regierung scheint also die Annäherung an den Weltmarktpreis sehr wünschenswert zu halten. Das liegt aber nur im englischen Interesse. England hat jetzt 18 Millionen Reichsmark und wird der Höhe der Weltmarktpreismöglichkeiten werden. Die Arbeitslosigkeit Englands wird dann auf Deutschland überzulaufen. Man kann nicht mit einem einzelnen Produkt an die Weltmarktpreise herangehen. Die Welt ist nicht nur ein Markt, sondern ein Weltmarkt. Die Kohlensteuer wird durch eine Erhöhung der Kohlensteuer noch ausreicht. Die ganze Frage ist ein Problem der Produktion. Unser gesamtes inneres Wirtschaftsleben, unsere Lebenshaltung wird bei einer Verbilligung der Kohlensteuer erheblich weiter vergrößert werden. Deutschland, Handel, Industrie und Landwirtschaft werden durch eine Erhöhung der Kohlensteuer noch ausreicht.

Die Kohlensteuer von 20 Prozent ist für die Regierung natürlich sehr einfach, die Steuer zu vermindern. Es kann wohl sein, daß sie wenig Ertragsquellen, so daß es sehr leicht ist, diese Steuer der Reichsliste zuzuführen. Der einzige Grund der Reichsregierung für diese Steuer ist der, daß die Spanne zwischen Fremdländ- und Ausländern diese Erhöhung der Kohlensteuer noch ausreicht. Die Regierung scheint also die Annäherung an den Weltmarktpreis sehr wünschenswert zu halten. Das liegt aber nur im englischen Interesse. England hat jetzt 18 Millionen Reichsmark und wird der Höhe der Weltmarktpreismöglichkeiten werden. Die Arbeitslosigkeit Englands wird dann auf Deutschland überzulaufen. Man kann nicht mit einem einzelnen Produkt an die Weltmarktpreise herangehen. Die Welt ist nicht nur ein Markt, sondern ein Weltmarkt. Die Kohlensteuer wird durch eine Erhöhung der Kohlensteuer noch ausreicht. Die ganze Frage ist ein Problem der Produktion. Unser gesamtes inneres Wirtschaftsleben, unsere Lebenshaltung wird bei einer Verbilligung der Kohlensteuer erheblich weiter vergrößert werden. Deutschland, Handel, Industrie und Landwirtschaft werden durch eine Erhöhung der Kohlensteuer noch ausreicht.

Abg. Wehlf (U.) tritt für den Antrag seiner Freunde ein und fordert die Kommuniten auf, gegen die Verbilligung der Kohlensteuer zu machen.

Abg. Frick (N.) bekämpft die Gesetzesvorlage, die den neuen Ausgabe auferlegt, während die Industrie große Gewinne einbringt.

Abg. Wölffler (U.) stellt fest, daß die außerordentliche Lage die Erhöhung der Kohlensteuer auf 40 Prozent unummeidlich macht. Auch die Verbilligung des Hausbrandes sei wegen der daraus für die Kohlenlieferungen an Frankreich entstehenden Folgen nicht durchführbar.

Abg. Lind (Deutschn.) beruft auf die schädlichen Wirkungen, die die hohe Kohlensteuer auf die Erzeugung der schädlichen Dampfmittel ausüben würde.

Abg. Imbusch (Dtschnat.) betont, daß die Erhöhung der Kohlensteuer gegen unseren Willen aufgezungen werden werde.

gen werde. Darum sollten wir uns hier nicht demütigen, sondern uns gemeinsam gegen die wirkliche Ursache unserer Not wenden.

Abg. Graf Kautz (Deutschn.) fordert eine Entschädigung, daß die Erhöhung der Kohlensteuer einen Schaden für die Wirtschaftlichkeit des Landes bedeutet. Er schlägt vor, die Kohlensteuer zu vermindern, um die Wirtschaftlichkeit des Landes zu erhalten.

Nachdem Abg. Böner (R.) die gegen eine Steuerfreiheit für den Hausbrand geäußerten Bedenken als eine Ausrede bezeichnet hat, und die Vorlage nach den Ausdrucksformen angenommen mit der Änderung, daß die Steuererhöhung vom 1. April 1907 in Kraft treten wird. Angenommen wird auch die Entschädigung zur Unterstützung der Wirtschaftlichkeit. Alle übrigen Änderungsanträge werden abgelehnt. Während der Abstimmung kommt es zu Zusammenstößen, weil die Abgeordneten Frick und Böner (N.) noch nach geschlossener Aussprache das Wort verlangen und namentlich der Reichstagspräsident die Vorberathung mit lauten Bemerkungen gegen den Reichstagspräsidenten und die Reichstagspräsidenten. Er wird deswegen zur Ordnung gerufen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über die Erhöhung der Leuchtstoffe, Zündwaren, Bier-, Mineralwasser- und Tabaksteuer.

Die Abg. Koenen (N.) und Beckmann (U.) lehnen die Leuchtstoffsteuer ab. Sie fordern eine Entschädigung für die Wirtschaftlichkeit des Landes. Sie fordern eine Entschädigung für die Wirtschaftlichkeit des Landes. Sie fordern eine Entschädigung für die Wirtschaftlichkeit des Landes.

Die Mineralwassersteuer soll bei dem Mineralwasser selbst auf 10 Pf. pro Liter erhöht werden, bei Almonden auf 20 Pf. bei konzentrierten Mineralwässern auf 2 Pf. und bei den Grundstoffen zu deren Herstellung auf 40 Pf. Unter beifolgender Protokoll sind die Beschlüsse der Reichstagsversammlung für jedes Mitglied der Reichstagsversammlung zu veröffentlichen. Es folgt die Erhöhung der Zigarettensteuer. Während die Regierungsvorlage sich auf eine Erhöhung der Steuer auf Tabak beschränkt, hat der Ausschuss auch die Steuer für hochwertige Zigaretten und Zigaretten erhöht. Danach beträgt die Steuer für 10 Zigaretten 40 Pf. und beträgt 100 Pf. für 1000 Stück mit einem Zuschlag von 200 Pf. für 1000 Stück auf je 20 Pf., um die der Kleinverkaufspreis von 300 Pf. überschritten wird. Die Zigarettensteuer soll betragen für Zigaretten zu 50 Pf. das Stück oder mehr 200 Pf. pro Tausend Stück mit einem Zuschlag von 20 Pf. für je 10 Pf. während beim Kleinverkauf für 50 Pf. für feingehaltene Markenbäume werden 16 Steuerfüßen eingeführt, die, beginnend bei einem Kleinverkaufspreis bis zu 10 Mark für das Stilo, in der ersten Stufe 3 Mark Steuern für das Stilo ergeben und in der 16. Stufe bei einem Verkaufspreis von 240 Mark für bis auf 120 Mark für das Stilo steigen. Die Kleinverkaufspreise sind ähnliche Bestimmungen vorzulegen, die beim Kleinverkaufspreis bis zu 5 Mark mit einer 30 Mark beginnen und beim Verkaufspreis von 100 Mark auf 300 Mark ansteigen. Auch für Kautabak werden Sätze von 20 bis 40 Pf. erhoben.

Abg. Koenen (N.) fordert die Aufhebung der Konzentration der Zigarettensteuer, die zum Erwerb der Arbeiter leblich den Fabrikanten unbilligste Profite garantieren.

Abg. Wehlf (U.) fordert Aufhebung der Tabaksteuer überhaupt.

Die Vorlage wird schließlich gemäß den Ausschussentwürfen an demselben Tage in der Reichstagsversammlung für Kommuniten mit 10/10 abgelehnt.

Es folgt der Entwurf über die Zollbefreiungen. — Der Ausschuss beantragt, bei Koffee und Kakaopulver die von der Regierung geforderten Sätze von 200 Mark für die von der Regierung auf 100 Mark zu ermäßigen.

Das neue gerichtliche Kabinett stellt sich folgendermaßen zusammen: Staatsr., Ministerpräsident und Justizminister, Alttagg, Außenminister, Fectofis, Kriegsminister, Protegabilis Finanzminister. Das Kabinett wird sich morgen der Kammer vorstellen.

Die neue Städte-Ordnung

v. Berlin, 23. März.

Zu dem Entwurf der neuen preussischen Städte- und Landgemeinverfassung bemerkt der Amtliche Preussische Reichsanwalt a. d. A., daß sie als Teil der allgemeinen Verwaltungsreform am namentlich durch die Staatsumwandlung veränderte Rechtslage, die eine größere Vereinheitlichung der Verwaltung erfordern, die bisherige Verwaltungsorganisation und die Verwaltungsorganisation der Städte und Landgemeinverfassung zu ersetzen, können für einzelne Verwaltungsbezirke Verwaltungsmaßregeln mit Vertretungsbezug auch angedacht werden.

In den Städten sind nach Großherzoglich Kolligale Bestimmung vorgesehen. Eine Einschränkung der Ortsbürgerrechte der Bürgermeisterversammlung und der Magistratsversammlung findet nur insofern statt, als die Erweiterung der Magistratsversammlung, die, wo sie nicht besteht, ausgeschlossen bleibt und die Einschränkung der Bürgermeisterversammlung anstelle der Magistratsversammlung einseitig ist. In Ansehung der Sache der Landgemeinverfassung sind bestehenden Gemeindeverbände mit einem Zusammenhänge der einzelnen Gemeinden zu kommunalverbänden (Landbürgermeistereien) vorgesehen, um auf dem Lande die Selbstverwaltung zu erweitern. Die Landbürgermeistereien sollen gleichfalls Bestreife für die örtliche Polizeiverwaltung und Selbstregie für die Rechtsprechung werden. Jede Landgemeinverfassung eine Landbürgermeisterei anzuordnen, bei deren Bildung in erster Linie auf die Schaffung leitungsfähiger Verbände und eine geeignete Verwaltung von Magistratsstellen gleichzeitige Verwendung gesehen werden soll. Nur in der Provinz Hannover kann die Einführung der Bürgermeisterversammlung durch Erwerb von Gemeindegeldern ausgeführt werden, da die kommunale Kreise im allgemeinen zu klein sind und eine gleichzeitige Zusammenlegung der Kreise dort nicht beabsichtigt ist. Mit Rücksicht darauf, daß die Ortsbürgermeisterversammlung mit der berechtigten Förderung, daß jeder am Gemeindegeld teilnehmende Bürger, amereitend ist, erfolgt bei der Neuregelung des Gemeindegeldes die Verfüßung der Ortsbürgermeisterei, von der nur dann Abstand genommen werde, wenn wegen geringer Einwohnerzahl oder räumlicher Trennung der Wohnstätten ein eigenes Gemeindefeld innerhalb des bisherigen Gebiets nicht möglich ist. Die Verfüßung der Ortsbürgermeisterei soll Anordnung der beteiligten Gemeinden und Ortsbürger ein Plan aufgestellt werden, der nach Begutachtung durch Bezirksausschüsse und Provinziallandtag vom Minister des Innern festgestellt wird.

Die Auszahlung der Beamtengehälter

Entsprechend den Bestimmungen mit den gemeinschaftlichen Epitropenorganisationen werden die Berliner Beamten zufolge den Beamten und Reichsangehörigen die neuen Gehälter am 1. April ausbezahlt. Diejenigen Beamten, die einen besonderen Antrag stellen, sollen noch im März Vorbescheid auf die neuen Gehälter erhalten.

Die elektrifizierte Stadt. Einseitige Berichte über eine atmosphärische Erscheinung, die der außerordentlichen Größe des Jahres Solis, kommen aus der Stadt Tanna in Alaska. Die Luft war ganz ruhig und trocken und stand mit Elektrizität geladen. Wenn sich zwei Personen die Hand schüttelten, so empfanden sie einen starken elektrischen Schlag, der sich durch den ganzen Körper verläuft. Wenn die ihre Frauen gingen, empfingen ebenfalls einen heftigen elektrischen Schlag. Die Telegraphen- und Telephonleitungen wurden so laut, daß es auf viele Kilometer hin hörbar war. Auch die Tiere schienen unter dieser Elektrizität der Luft zu leiden; Pferde, die sich berührten, liefen heulend auseinander; die Hähne krähten ängstlich. Diese Elektrizität der Stadt dauerte mehrere Stunden und wurde von einer prächtigen Erscheinung der Aurora borealis begleitet.

Mitgliederkriterium in Bremen. Die Bremer Mitgliederkriterium haben nach vorhergegangener Besprechung einmütig erklärt, für ein Mitglied der Partei zu sein, die den 1. April 1907, nicht mehr leisten zu können und deshalb beschließen, die Mitgliederkriterium an Bremen einzuführen.

Im Lande der Verheißung

Ein deutscher Kolonialroman

von

Fräulein von Bülow.

Malen, die sie jetzt in besserer Beleuchtung sah, bemerkte, daß sie sehr schön war, sogar das Weisse in den Augen hatte eine gelbe Färbung.

In derselben Zeit dachte Fräulein von Bülow: „Wie ist sie noch reich und weiß!“

„Frage: „Geben Sie noch gar kein Fieber gehabt?“

„Nein, bis jetzt nicht.“

„Das ist erstaunlich.“

„Mein Mann hätte mich so gut. Ich schäme mich fast.“

„Weshalb, Madam?“

„Weil andere sich den Gefahren des Klimas aussetzen, während ich mich verziehen lasse.“

Die Eltsille nickte. „Wenn man einen Ehemann hat, nehm' man nicht viel selbst.“

„Wie?“

„Wie?“

Die Worte der beiden trafen sich und ruhten ein paar Sekunden ineinander.

Dann antwortete Fräulein von Bülow in ihrem süßen, ganz nachlässigen Ton: „Es ist einmal so. Aber es wird dem Baron kaum gelingen. Sie dauern vor dem Fieber zu bewahren. Wir anten täglich Malariakügelchen, alle Solange der Körper und der Geist genügende Widerstandskraft besitzen. Können sie das Krankheitsbild bewahren. Aber die Widerstandsfähigkeit nimmt in diesem Klima rasch ab. Durchdauern müssen wir das Fieber alle und, — es läßt sich sehr gut ertragen.“

„Ich fürchte mich auch durchaus nicht vor dem Fieber.“

„Verdrießt Malen.“

„Sodestens fürchte ich die Wirkung, die mein Krankwerden auf meinen Mann haben könnte.“

Wieder lächelte die Eltsille.

„Es wäre allerdings schön, um Ihre Schönheit.“

Malen sagte stolz: „Ich hoffe, daß dieser, die mich lieb haben, mein mehr oder minder auch Aussehen gleichgültig ist.“

Wieder rühten die dunklen Augen der Französin mit vollem Blick auf Malen.

Dieser fiel plötzlich die schluchende Maria Beta wieder ein.

Während Josephine von Eltsille ihren Arm nahm und sie in einen engen Schloß führte, erählte Malen, wie sie vorher das junge Mädchen angetroffen hatte.

„Ach ja,“ sagte Fräulein von Bülow, „es ist mir sehr lieb, gerade mit Ihnen darüber reden zu können. Man behauptet, Ihr Mann gelte nicht als das andere Zeug bei Ihrem Doktor Mann. Dieser Herr ist, wie mir scheint, im Begriff, das arme Stild unbilliglich zu machen.“

„Frage? ... Maria Beta? ...“

„Stammelte Malen.“

„Es war gut, daß die Eltsille sie gerade jetzt nicht mit ihrem forschenden Blick anhol. Die Französin machte sich eben mit einem Akkord zu tun, auf dem ein schwarzer Schälchen mit süßem Eingemachtem und geistigem Alimonenwasser gebracht hatte.“

„Herr Krome,“ fuhr sie gelassen fort, „ist dem Fräulein Beta öfters begegnet und Schmeichelein, wie sie die Männer nicht selten immer wieder gegenüber sie fließt an der Junge haben, sind der Mädchen zu Kopf gekommen.“

Das nächste Kind hat ihm Stellung genommen und dabei ist das Haar bemerkt worden. — Am Glück für das Mädchen, denn noch ist wohl nichts Irreparables vorgefallen. Können Sie nicht einen Mordus finden, dem jungen „mondain“ etwas ins Gewissen zu reden?“

Jetzt sah Josephine freudig nach Malen. Die elegante junge Frau schien mit einmal ganz verändert. Sie sah zusammenzucken da mit gebeugtem Kopf und bläute starr auf den Griff des Sonnenstrahls, den ihre behandschulten Hände umspannten.

„Haben ich schließt?“

„Ein veltischer Koffier.“

„Hatte Malen und stand auf.“

„Sich die Französin nicht, daß Malen in diesem Moment in die allübliche Scene hinanzuging, sondern nästige sie mit lauter Gewalt, sich in einer dunklen Ecke etwas auf dem Boden auszusetzen.“

Malen protestierte, doch das half ihr nichts.

„Solange ich die Menschen wohlhab' sehe,“ sagte Josephine, „kimmere ich mich wenig um ihr Tun und Lassen.“

Wenn sie leiden, verfallen sie mir. Ja, sogar Sie, kleine Baronin. Und nun bleiben Sie zehn Minuten ganz still. Dann dürfen Sie gehen, wenn der Kopf besser ist.“

Malen lag auf dem Rücken, schaute nach der hohen weißen Zimmerdecke, an der Mauerwepfen ihre schliefen Lehnstühle errichtet hatten, und sammelte ihre Gedanken.

Eine entsetzliche Enttäuschung hatte sie erfahren! Also während sie sich alles verlor, um ihn und sich selbst zu retten, während sie ihn ganz von ihr selbst erfüllt glaubte, er eine Liebelei mit dieser theuren kleinen Witbale an!

„Das konnte er! Das mochte er! Nach allem, was er ihr verdankt hatte!“

Wenn das Mädchen sich von ihm geliebt glaubte, so daß sie sich zu solchen Thorheiten verleitete, mußte er ihr wohl Veranlassung gegeben haben.

Wie untröstlich diese Vorstellung ihr war!

Sie richtete sich auf.

„So, jetzt ist mir wieder ganz wohl,“ sagte sie. „Wird sich, ich schäme mich!“

„Das sagen Sie schon zum zweiten Mal,“ bemerkte Josephine Eltsille in ihrer unbekümmerten, süßen Weise: „man soll sich nicht zu viel schämen.“

Malen erödete langsam. „Nur eben noch matter und unidischer Blick wurde klar.“

„Sie haben recht, mich auf das Abtrienhafte dieser Bemerkung aufmerksam zu machen,“ sagte sie. „Denn, wenn ich etwas nachdenke, scheint es mir: man schämt sich gewöhnlich nicht sehr, wenn man es auspricht, und wenn man sich einmal wirklich schämt, sagt man's nicht.“

Unter der Kunstler nahm Malen ihre ganze Kraft zusammen und sagte: „Das, was Sie von der kleinen Beta und Krome erzählt, muß natürlich beendet werden. Ich werde mit Krome ein ernstes Wort darüber sprechen.“

„Gewiß ist das gut. Und Sie, Madam, sind die erste, die sich ein solches Wort erlauben darf. Wenn Herr Krome das Mädchen heiraten will, wird niemand etwas dagegen einzuwenden haben; aber dann sollte er sich erklären, ehe er das junge Stild um seinen Fort bringt. Man kommt hier noch leichter als anderswo ins Gerde.“

(Fortsetzung folgt.)

